

„Es ist nichts mehr, wie es war“

Der 11. September hat auch in NRW eine neue Lage geschaffen

Fünf Jahre ist es her, dass Flugzeuge ins World Trade Center rasten und die Terroristen der Al Qaida über 3.000 Menschen in den USA töteten. Die Angst vor Anschlägen ist seitdem gegenwärtiger denn je, erst recht nach den Bombenattentaten von Madrid (2004) und London (2005). Dass der Terror auch vor NRW nicht Halt macht, mussten die Bürger mit den misslungenen Anschlägen auf zwei Regionalzüge erfahren. Es steht fest: Seit dem 11. September 2001 muss sich unser Land auf die neue Bedrohung einstellen.

Mit den Bildern der einstürzenden Zwillingstürme in New York hielt auch hierzulande das gesellschaftliche und politische Leben inne. So gedachten am Tag darauf die Abgeordneten im Landtag mit einer Schweigeminute der Opfer der Anschläge. „Seit dem gestrigen Tag ist nichts mehr, wie es war“, erklärte der damalige Parlamentspräsident Ulrich Schmidt in seiner Trauerrede. „Seit dem gestrigen Tag sind wir aufgewühlt, sind wir fassungslos, hilflos und auch wütend über das Ausmaß von Gewalt und Hass, zu dem Menschen fähig sein können.“

Das Geschehen machte betroffen, lähmte aber nicht den Willen der Politik, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen. Schon wenige Tage nach dem 11. September stimmte der Landtag zusammen mit dem Innenministerium, den Bezirksregierungen und dem nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt (LKA) ein neues Sicherheitskonzept ab. Alle amerikanischen, jüdischen und israelischen Einrichtungen im Land wurden ab sofort verstärkt gesichert. Die Passagiere auf den Flughäfen mussten sich auf verschärfte Kontrollen einstellen. Zudem nahm eine neue Informationsstelle zur Terrorismusbekämpfung beim LKA ihre Arbeit auf.

In der Folge passte der Landtag das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz der neuen Gefahrenlage an. Dabei wurden den Verfassungsschützern mehr Rechte bei der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten eingeräumt. Seit Januar 2003 sind Banken, die Post, Telekommunikationsgesellschaften und Fluglinien verpflichtet, dem Verfassungsschutz Daten zu verdächtigen Personen zur Verfügung zu stellen. Datenschützer kritisierten zwar das Gesetz, da auch untadelige Bürger ins Visier der Fahnder geraten könnten. „Das rechtliche Instrumentarium wurde aufgerüstet – die Bewährungsprobe steht aber noch aus“, urteilte seinerzeit das Innenministerium. Spätestens vier Jahre nach Einführung soll das Gesetz auf seine Wirksamkeit hin untersucht werden.

Das Land NRW beteiligt sich außerdem am Gemeinsamen Terrorismusabwehr-Zentrum (GTAZ) in Berlin, in dem die Sicherheitsbehörden seit knapp zwei Jahren Erkenntnisse zur Entwicklung des terroristischen Potenzials zusammentragen. Insgesamt arbeiten rund 180 Experten an der Auswertung der Gefahrenlage, darunter 50 Mitarbeiter der Länder.

Mit der jüngst von der Innenministerkonferenz beschlossenen Anti-Terror-Datei unterneh-

men die Länder einen weiteren Schritt, um den Datenaustausch zwischen ihren Behörden zu beschleunigen. Die Index-Datei zu verdächtigen Personen sei ein „Riesenfortschritt“, verdeutlichte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) den Abgeordneten im Innenausschuss des Landtags. NRW sprach sich als einziges Bundesland allerdings gegen die Einrichtung eines so genannten Freitextfeldes aus, in das die ermittelnden Behörden zusätzliche Informationen zu Terrorverdächtigen eintragen können. Das NRW-Innenministerium befürchtet unter anderem, dass durch ein solches Freitextfeld die Datei mit unbrauchbaren Informationen überlastet werden kann.

Dass die Behörden in NRW längst zur großflächig koordinierten Gefahrenabwehr fähig sind, haben die Einsätze bei den 16 Spielen der Fußball-WM im Land und auch während des Weltjugendtages gezeigt. Allein zum Papstbesuch in Köln im vergangenen Jahr sorgten neben Spezialeinheiten bis zu 3.700 Beamte für die Sicherheit des Kirchenoberhauptes sowie der meist jugendlichen Pilgerinnen und Pilger.

Dagegen, dass sich terroristisches Gedankengut verbreitet und festsetzen kann, gibt es neben der Beobachtung und Verfolgung von Verbrechen ein weiteres Mittel, an dem alle mitwirken können: Die Integration von Menschen, die zu uns gekommen sind und hier leben möchten. Dafür zu werben, hat sich Integrationsminister Armin Laschet (CDU) zum Ziel gesetzt, egal ob er in den Medien ein Interview gibt oder im Landtag das Wort ergreift. Sein Motto: „NRW setzt auf eine moderne und realistische Integrationspolitik, die neue Integrationschancen für Frauen und Männer eröffnet, die fördert und fordert, die den Zugewanderten mit Respekt begegnet, ihnen aber gleichzeitig Respekt vor der Verfassung und ihren Grundwerten, vor dem Gesetz, der Sprache, der Geschichte und der Kultur des Landes abfordert, das ihren Lebensmittelpunkt bildet.“ SW

Seit kurzem erst im Amt

... und schon im Landtag – der neue amerikanische Generalkonsul Matthew G. Boyse weiß Tempo zu schätzen und hat wenige Wochen nach seinem Amtsantritt auf Einladung das Wort vor der Deutsch-Amerikanischen Parlamentarierversammlung ergriffen. Danach trug er sich ins Gästebuch des Landtags ein. Auf dem Bild (v.l.): Parlamentspräsidentin Regina van Dinther, Boyse und Vizepräsidentin Angela Freimuth, Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentarierversammlung

Foto: Meyer

